

Medientitel: Neue Presse
 Datum: Dienstag, 17.01.2012
 Seite: 1

Angst um „Made in Germany“

Mehr Bürokratie und Werbeverluste? Hannoversche Firmen bleiben gelassen.

Brüssel treibt deutsche Wirtschaftsverbände auf die Barrikaden. Sie fürchten den Verlust des Gütesiegels „Made in Germany“.

VON A. SCHMIEDEKE, M. WEITZ UND A. DEMOS

HANNOVER. Die deutsche Wirtschaft ist empört. Von „immense Schaden“ spricht der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Es geht um das Label „Made in Germany“, das Traditionssiegel, das weltweit für deutsche Qualität und Verlässlichkeit bürgt.

Der DIHK fürchtet, dass „Made in Germany“ bald nur noch auf einem Bruchteil der deutschen Produkte zum Einsatz kommt, wenn die EU-Kommission Neuerungen, die eigentlich nur für Importe gelten sollen, in Kraft setzt. „Indirekt wird das auch die Exportwirtschaft treffen“, ist sich Tilmann Brunner von der Industrie- und Handelskammer in Hannover sicher. Der Plan: EU-Steuerkommissar Algirdas Semeta will bei der Herkunftsbezeichnung

einen bestimmten Warenwert festlegen, die Rede ist von 45 Prozent. Bisher gilt recht locker das Land als Herkunftsland, in dem „die letzte wesentliche, wirtschaftlich gerechtfertigte Be- und Verarbeitung“ vorgenommen wurde.

Nun fürchtet die IHK, die das Siegel vergibt, „enormen bürokratischen Aufwand“. Die Firmen müssten nach

den Brüsseler Plänen nicht nur die Produktionskette sorgsam dokumentieren, sondern auch den Warenwert ermitteln – gerade bei Wechselkursschwankungen ein schwieriger Prozess.

Die Politik ist bereits sensibilisiert und fürchtet Wettbewerbsnachteile, wenn „Made in Germany“ für viele Waren verloren geht. Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP)

ist bereits in Brüssel vorstellig worden.

Betroffen sind auch hannoversche Firmen wie der Akustikspezialist Sennheiser. Das Label „Made in Germany“ sei „ein sehr wichtiges Qualitätssiegel und dient dem Verbraucher weltweit als Orientierungshilfe“, heißt es dort. „Mit einer Exportquote von rund 83 Prozent hat das Auslandsgeschäft für uns eine

Medientitel: Neue Presse
 Datum: Dienstag, 17.01.2012
 Seite: 2



Volker Schmidt

hohe Bedeutung“, betonte Sprecher Volker Bartels.

Die niedersächsische Metallbranche fordert ebenfalls, das deutsche Markenzeichen zu erhalten. „Unsere 300 Unternehmen mit ihren rund 100 000 Beschäftigten sind zu 90 Prozent vom Export abhängig“, unterstreicht Volker Schmidt, Hauptgeschäftsführer von Niedersachsen-Metall. „Made in Germany“ helfe „bei Markteintritt, schafft Vertrauen und sichert eine langfristige Kundenbindung“.

Und selbst Firmen, die nach eigenen Angaben zu fast 100 Prozent in Deutschland fertigen und das Siegel deshalb weiter verwenden könnten, sehen die Brüsseler Pläne kritisch. „Der Vorschlag ist eine weitere Wettbewerbsbenachteiligung für die deutsche Wirtschaft“, meint Albert Steffen von der Jensen-Group aus Harsum, Hersteller von Maschinen für Großwäschereien.

Unbeeindruckt zeigen sich Konzerne, deren guter Name längst für sich steht – unabhängig vom Herkunftsland. Beispiel Taschenhersteller Bree: „Bei uns sind alle Pro-

dukte mit Herkunftsnachweis gekennzeichnet“, erläutert Sprecher Lars Maschmeyer.

Kommen die Materialien aus Deutschland und werden hier verarbeitet, tragen sie das Gütesiegel. Werden sie in China gefertigt, wird auch das gekennzeichnet. „Wir werden nicht an eine Tasche aus Asien hier einen Henkel annähen, nur damit wird sagen können, sie ist made in Germany“, so Maschmeyer.

Auch bei Contitech bereiten die Pläne der EU-Kommission keine Sorgen. Als Zulieferer der Automobilindustrie sei Contitech relativ unabhängig von „Made in Germany“, garantiere aber an allen Produktionsstandorten weltweit dieselben Qualitätsstandards. Auch Volkswagen legt mehr Wert darauf, dass ein einheitlicher Qualitätsstandard herrscht. „Es ist egal, ob Bratislava oder Deutschland. Wir wollen überall die gleiche Qualität produzieren“, so VW-Sprecher Eric Fellber.

Briten erfanden deutsches Siegel

BERLIN. Die Bezeichnung „Made in Germany“ – in Deutschland hergestellt – war ursprünglich als Schutzmaßnahme für die britische Wirtschaft gedacht.

Nach dem 1887 erlassenen britischen Handelsgesetz mussten alle nach Großbritannien eingeführten Waren als ausländische Erzeugnisse gekennzeichnet sein. Das Gesetz zielte hauptsächlich auf die aufstrebende deutsche Industrie, die britische Industriemarken kopierte. Dem britischen Käufer sollte so vermeintlich „schlechte und billige“ Massenware angezeigt werden, damit er sie schnell von einheimischer Ware unterscheiden konnte. Schon bald wurde die Bezeichnung allerdings zu einem Symbol für Zuverlässigkeit und Qualität, gegen das auch das Motto „Buy British“ nicht ankam.

Die deutsche Wirtschaft entschloss sich, das Qualitätssiegel „Made in Germany“ auch beim Export in andere Länder zu nutzen. Während der deutschen Teilung wollten West-Firmen keine Verwechslung aufkommen lassen und änderten die Bezeichnung in „Made in West Germany“. Einige Jahre nach der deutschen Einheit war der West-Hinweis wieder verschwunden.

Die deutsche Wirtschaft entschloss sich, das Qualitätssiegel „Made in Germany“ auch beim Export in andere Länder zu nutzen. Während der deutschen Teilung wollten West-Firmen keine Verwechslung aufkommen lassen und änderten die Bezeichnung in „Made in West Germany“. Einige Jahre nach der deutschen Einheit war der West-Hinweis wieder verschwunden.